

Calmer Tagblatt

Nr. 151.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf. Reklamen 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Bezugspreis 9.

Freitag, den 2. Juli 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Die Entente, Deutschland und der Bolschewismus.

Von Oberst Immanuel.

Die Ententebeschlüsse zu Vologne enthalten die schwersten Widersprüche in sich selbst. Sie sprechen die Vernichtung der deutschen Widerstandsfähigkeit gegen den äußeren und inneren Bolschewismus aus, fördern also die Möglichkeit, daß sich der innere Bolschewismus in Deutschland selbst erhebt, und daß der äußere Bolschewismus von Rußland her über Polen nach Deutschland hineinflutet. Welche Gefahr erscheint der Entente als die größere, fragt man sich hier: die Gefahr vor der Erhaltung der deutschen militärischen Kraft oder die Befürchtung vor der Bolschewisierung Deutschlands, die dann nach Westeuropa herüberfliegen kann? Wie die Dinge augenblicklich liegen, hat es den Anschein, als ob die Entente die Gefahr des Bolschewismus nicht hoch einschätzt, denn sonst würde sie nicht alles daran setzen, um die Entwaffnung Deutschlands zu erzwingen. Sie will nicht glauben, daß die angeblichen Erfolge der Russen über die Polen von ausschlaggebender Bedeutung sind, daß Polen an der Grenze seiner Gegenwehr gegen den inneren und äußeren Bolschewismus angekommen ist, daß die Bolschewisten wirklich zur Eroberung gegen Mitteleuropa hin schreiten können.

Außerdem scheint es der Entente gleichgültig zu sein, ob in Deutschland selbst die Ordnung aufrecht erhalten werden kann oder nicht. Allenfalls wird aus den verschiedensten Teilen Deutschlands von der Bildung der sogenannten „Rote Armee“ berichtet, deren vom Reichswehrministerium gemeldete Kampfkraft die Stärke der jetzigen Reichswehr, Sicherheitspolizei und des Restes der Einwohnerverwehren weit übersteigt. Dabei sind die Mittelungen über die Waffenbestände an Gewehren, Maschinengewehren, Minenwerfern, Geschützen, sonstigen Kampfmitteln überaus hoch, wobei erschwerend ins Gewicht fällt, daß von einer Waffenabgabe auch nicht entfernt die Rede war. Wir haben es also mit einer im Werden begriffenen Roten Armee in Deutschland zu tun. Keine Beschönigung kann über diese Tatsache hinweghelfen. Die Ausrede, daß die deutsche Regierung die Gefahr des Bolschewismus absichtlich übertreibt und deshalb märchenhaft hohe Zahlen angibt, ist keine stichhaltige, denn die von einwandfreier, durchaus neutraler Seite angestellten Beobachtungen bestätigen alles, was über die Vorbereitung von ersten Unruhen innerhalb Deutschlands gesagt wird. Somit gewinnen wir den Anschein, daß es der Entente sogar willkommen ist, wenn in Deutschland bolschewistische Unruhen entstehen, selbst auf die Gefahr hin, daß Deutschland zeitweise nicht zahlungsfähig wird, und daß der Bolschewismus an den Rhein heranbräutet, also dem unmittelbaren Machtbereich der Entente bedenklich nahe kommt. Die Entente scheint sich innen und draußen stark genug zu fühlen, allen bolschewistischen Gefahren gewachsen zu sein. Daher vertritt sie den Grundsatz: vor allem Deutschland entwaffnen, damit es möglichst wehrlos wird, dann wird sich weiteres finden, selbst auf die Gefahr hin, daß der Bolschewismus in Deutschland in Gestalt der Räteregierung sich erhebt oder sogar noch von Osten her nach Polen und von dort nach Deutschland hineingetragen wird.

Wenn die Entente jetzt die baldige Gerabehung der Reichswehr auf 100 000 Mann, die Lokalisierung der Sicherheitspolizei, die Abgabe und Zerstörung der Waffenbestände, die Einstellung der Waffen- und Munitionsanfertigung, die Aufhebung des letzten Restes der Einwohnerverwehren gebieterisch fordert, so entwarfnet sie in so durchgreifender Weise Deutschland, daß von einer Widerstandsmöglichkeit gegen den Umsturz von innerer oder äußerer bolschewistischer Seite, noch weniger von beiden Seiten zugleich gar keine Rede mehr sein kann. Somit besorgt die Entente die Geschäfte des Bolschewismus, sei es bewußt, sei es unbewußt. Die vielleicht nicht mehr ferne Zukunft wird lehren, ob sich die Entente nicht selbst hierdurch ihr Grab schaufelt.

Zur äußeren Lage.

Die Konferenzen in Brüssel und Spa.

(W.B.) Berlin, 1. Juli. Zur Konferenz in Spa werden nach den vorläufigen Beschlüssen sich begeben: Reichsanzeiger Gehrenbach, Reichsminister des Außeren Dr. Simons, die Reichsminister Wirth, Scholz und Hermes. Insgesamt werden 25 bis 30 höhere Beamte mit dem nötigen Bureaupersonal nach Spa gehen.

(W.B.) Berlin, 1. Juli. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften überreicht. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachungen. Die zweite legt

im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Stenerquellen angespannt hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechungen in Spa sein. Gleichzeitig wurde ein von 22 hervorragenden im Wirtschaftsleben stehenden Männern unterzeichnetes Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit der Kräftigung übergeben.

(W.B.) Amsterdam, 1. Juli. Lloyd George hat sich in Begleitung von Lord Curzon nach Brüssel begeben.

(W.B.) Brüssel, 1. Juli. Die Zeitung „Demain“ erklärt, daß neben der Hauptfrage, der Verteilung der deutschen Entschädigungssumme, Lloyd George mit Unterstützung der italienischen Delegierten von neuem die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland auf der Konferenz von Brüssel zur Erörterung bringen werde.

(W.B.) Paris, 1. Juli. Deschanel präsidierte gestern vormittag den Ministerrat, der von Millerand über die Fragen, die in Spa zur Sprache kommen, unterrichtet worden ist.

(W.B.) Paris, 1. Juli. „Echo de Paris“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß das Programm für die Konferenz von Spa sich erweitert habe. Lloyd George habe die Generale in Berlin und Brüssel berufen. Es müsse daraus geschlossen werden, daß nicht nur die Entwaffnung Deutschlands, sondern auch das Schicksal der Gebiete, in denen Volksabstimmungen stattfinden, sowie auch das Schicksal der von Deutschland abgetrennten Gebiete, z. B. Danzigs, in die Debatte hineingezogen werden solle.

Frankreich und die deutschen Kolonien.

(W.B.) Paris, 1. Juli. In der Kammer sprach der Abgeordnete Laffent über die den Alliierten abgetretenen deutschen Kolonien und bedauerte, daß in dieser Frage noch keine endgültige Regelung erfolgt sei. Bezüglich der deutschen Kolonien Togo und Kamerun, die an Frankreich kämen, sei es notwendig, daß die Regierung in Spa die Rechte Frankreichs klar zur Geltung bringe. Er habe für den Frieden gestimmt und halte die Klausel bezüglich der Kolonien für genügend, verlange aber von der Regierung, daß diese Bestimmungen durchgeführt werden. (Weisfall.)

Die belgischen Forderungen.

(W.B.) Rotterdam, 30. Juni. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Franken fordern werde.

Die Wiener Blätter

über die Entwaffnung Deutschlands.

(W.B.) Wien, 30. Juni. Die Blätter befassen sich mit den jüngsten Notizen an Deutschland und heben besonders die scharfe Haltung der Entente in der Frage der Entwaffnung hervor. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß eine Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann angesichts der inneren Verhältnisse Deutschlands von katastrophalen Folgen auch für Europa sein müßte.

Ablehnung der deutschen Note

über die Räumung des Ruhrbeckens.

(W.B.) Paris, 2. Juli. (Gavas.) Die Note der Entente auf das deutsche Gesuch um Verlängerung der Frist zur Räumung des Ruhrbeckens durch die Reichswehrtruppen wird in ablehnendem Sinne gehalten sein.

Sonderzüge zur Abstimmung in Westpreußen.

(W.B.) Berlin, 1. Juli. Die Botschafterkonferenz hat am 26. Juni dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation eine Note überreicht, nach der die deutschen Vertreter in den Abstimmungsgebieten von Allenstein und Marienwerder ermächtigt werden, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Anzahl Sonderzüge für die Wähler aus Deutschland einzulegen, die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Züge werden von Offizieren der Verbände begleitet sein, die die Ausweispapiere der Reisenden prüfen werden, um sich Sicherheit zu verschaffen, daß die Züge nur von Personen benützt werden, die zur Abstimmung zugelassen werden. Pässe für die Durchfahrt durch den polnischen Korridor werden unter diesen Bedingungen nicht gefordert werden.

Die Abstimmung in Ostpreußen.

(W.B.) Königsberg, 1. Juli. Die Ankunft Abstimmungsberechtigter aus allen Teilen des Reichs ist bereits in

vollem Gange. Mehrere tausend sind auf dem Seewege bisher schon von dem reichsgeschmückten Pillau mit der Bahn in den einzelnen Abstimmungszügen weiterbefördert worden.

Die Grenzfestsetzung in Nordschleswig.

(W.B.) Schleswig, 1. Juli. Am 2. Juli trifft der Grenzkommissar für Schleswig, Oberst Graf Schwerin als stimmberechtigtes Mitglied des internationalen Grenzregelungsausschusses für Schleswig mit dem Hauptmann im Generalstabe Gaedeke und Kapitänleutnant v. Nordack zu Verhandlungen gemäß Artikel 111 des Friedensvertrags in Kopenhagen ein. Der übrige Teil der Grenzkommission siedelt am 2. Juli von Schleswig nach Flensburg über.

Die Wünsche der Saarbevölkerung.

(W.B.) Saarbrücken, 1. Juli. Die politischen Parteien des Saargebietes haben durch den Regierungskommissar des Saargebietes an den Völkerbund die Bitte gerichtet, daß im Saargebiet nur Deutsche als Beamte angestellt werden möchten, da die Bevölkerung des Saargebietes nur aus Deutschen bestehe.

Der Schutz der gewerblichen Rechte.

(W.B.) Bern, 30. Juni. Heute Nachmittag wurde im Bundeshaus unter dem Vorsitz vom Bundespräsidenten Motta durch Bevollmächtigte von neun Verbandsstaaten der Internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums, nämlich Deutschlands, Frankreichs, der Niederlande, Polens, Portugals, Schwedens, der Schweiz, der Tschecho-Slowakei und Tunis ein Abkommen unterzeichnet, das die Wahrung und Wiederherstellung der vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen gewerblichen Rechte (Patent-, Muster- und Markenrecht) zum Zweck hat.

Die Aalandsfrage vor dem Völkerbund.

(W.B.) Paris, 2. Juli. (Gavas.) Der Völkerbundsrat wird am 9. Juli zur Behandlung der Aalandsfrage zusammentreten.

Die englischen Verhandlungen mit Krasin.

(W.B.) Amsterdam, 1. Juli. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, wird Krasin nach Moskau abreisen, um sich von der Räteregierung neue Weisungen einzuholen.

Polen mobilisiert weiter.

(W.B.) Haag, 30. Juni. Wie aus London gemeldet wird, mobilisiert Polen noch weiter Truppen und hat alle Männer zwischen 20 und 35 Jahren unter die Waffen gerufen.

Die türkischen Delegierten zur Friedenskonferenz.

(W.B.) Paris, 1. Juli. Die beiden türkischen Delegierten zur Friedenskonferenz Djemal Pascha und Reschid Pascha, sind gestern hier eingetroffen.

Der türkische Krieg.

(W.B.) Amsterdam, 1. Juli. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat der türkische Ministerrat den in Paris weilenden Großwesir angewiesen, um sofortige Einstellung des griechischen Vorgehens in Anatolien zu ersuchen.

Abflauen der Unruhen in Italien.

(W.B.) Rom, 1. Juli. (Stefani.) Der Mittwoch verließ in ganz Italien ruhig, abgesehen von kleinen Zwischenfällen in den Marken, wo übrigens das Leben wieder einen normalen Verlauf nimmt. Die Züge verkehren regelmäßig.

Französische Kriegsgewinnsteuer.

(W.B.) Paris, 29. Juni. (Gavas.) Der Finanzminister teilt dem Ministerrat mit, die Steuer aus den außerordentlichen Kriegsgewinnen werde sechs Milliarden Franken einbringen. Der Ministerrat genehmigte den Antrag Morrin, der die für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete bestimmten Kredite auf 12 Milliarden Franken festsetzt.

Die britischen Staatseinnahmen.

(W.B.) London, 2. Juli. Die britischen Staatseinnahmen betragen im letzten Vierteljahr 314 896 452 Pfund Sterling gegen 185 795 762 Pfund Sterling im entsprechenden Zeitraum 1919.

Die Bolschewisten in Persien.

(W.B.) Rotterdam, 30. Juni. „Daily Telegraph“ erfährt, daß die Verhandlungen zwischen der persischen und der Sowjetregierung über die Räumung des persischen Gebiets vollkommen fehlgeschlagen sind.

Elektrische Bahn durch den St. Gotthard-Tunnel.

(W.B.) Luzern, 1. Juli. Die ersten elektrischen Züge passierten den St. Gotthard-Tunnel. Die Fahrt vollzog sich ohne jeden Anstand.

uerel

Inf.-
Nr. 119.

findet am
20 in Calw
12-7 Uhr

sein
Bataillons

und der
Bataillons:

adung.
unde und Be-
3. Juli 1920

eier

in Javelstein

reiner
ermelster und
tein.

der
Schreinermeister

stein.
Einladung ent-

ohlen,
übische

Pfau, Calw.

osen

uge

Calw.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde der zur Beratung stehende Notetat einstweilen abgelehnt. Die Punkte 2 bis 5 der Tagesordnung über Beseitigung von Härten bei der Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn usw. wurden einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Das Gesetz über ein deutsch-französisches Abkommen über Essig-Lothringen wurde in allen 3 Lesungen angenommen. — Es folgte die Aussprache über das Regierungsprogramm. Der Abg. Müller-Franken (Soz.) polemisierte gegen einzelne Ausführungen der Abg. Heim und Schiffer. Was Spa angeht, so sei die Entwaffnungsfrage eine Hauptsache. Ein Zusammengehen mit der Volkspartei auf dem Boden eines gemeinsamen Programms sei unmöglich. Der neuen Regierung werde eine Partei abwartend gegenüberstehen. Auch er warne davor, in Spa Unmögliches zu unterschreiben. — Reichsfinanzminister Dr. Wirth führte aus, daß der Etat für 1920 erst in großen Ziffern feststehe. Der ordentliche Etat werde zum erstenmal seit der Vorkriegszeit balancieren und zwar mit 28 Milliarden. Dabei seien aber gegen 3 Milliarden noch nicht bewilligte Steuern in Rechnung gestellt. Im außerordentlichen Etat seien vorgesehene Ausgaben 11,6 Milliarden, darunter 5 Milliarden für den Friedensvertrag, die aber kaum reichen würden. Dazu kämen aber 15 bis 16 Milliarden Fehlbeträge aus den Betriebsverwaltungen, Eisenbahnen usw. so daß die außerordentlichen Ausgaben auf 26,7 bis 27,6 Milliarden steigen und ein Gesamtertrag von 54 bis 55 Milliarden sich ergebe. Die Schuld des Reiches betrage 209 Milliarden. Dazu kämen die Kriegsausgaben der Länder und Gemeinden mit 15 bis 16 Milliarden, für die das Reich aufzukommen habe. Zum Schluß kam der Minister noch auf Spa zu sprechen. Von den dortigen Verhandlungen hänge auch die Frage des gesamten europäischen Wiederaufbaus ab. Das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit sei primär ein wirtschaftliches und erst sekundär ein geldliches Problem. Das ganze Wiedergutmachungsproblem wachse sich zu einem Problem der Produktion aus. An unserem guten Willen bei den Verhandlungen werde es nicht fehlen. In diesen Stunden entscheide sich nicht nur unser nächstes Schicksal, sondern auch die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Einig und geschlossen müssen wir stehen, müssen wir die Lasten auf uns nehmen, die aus dem Krieg und dem Friedensvertrag erwachsen. All unser Hoffen, daß doch noch eine bessere Zeit kommen werde, beruht auf der Arbeit, auf unserem Können und dem Fleiß unserer Hände. Die Not der Zeit muß bezwungen werden. — Der Abg. Henke (USP.) nannte die Konferenz in Spa eine Zusammenkunft von Kapitalisten. — Der Bayer. Gesandte v. Beger sprach über die bayerischen Gehaltsätze der Beamten, der Abg. Eisenberger (VDB.) sprach gegen die Ueberhebung der Zwangswirtschaft und setzte sich für einen kräftigen Mittelstand ein. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen vertagte sich das Haus.

Vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.
(ZB.) Berlin, 1. Juli. Der Reichsausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat heute Abend zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die Vorbereitungen zu der Konferenz von Spa. Darauf vertagte sich der Ausschuss, ohne in eine Besprechung einzutreten.

Vom Haushaltsausschuss.
(ZB.) Berlin, 1. Juli. Der Haushaltsausschuss des Reichstags genehmigte bei Beratung des Notetats die Anträge des Verkehrsministeriums, darunter 185 Millionen Mark für die Beschaffung von Wohnungen. In eingehender Aussprache über die Stellenanforderungen im Bereiche des Reichsverkehrsministeriums wurde die Ausarbeitung einer neuen Befoldungsordnung für nötig erachtet.

Der 10 prozentige Lohnabzug.
(ZB.) Berlin, 1. Juli. Der Reichstag beschloß, drei dringende Anträge, die übereinstimmend die vorläufige Aussetzung des 10prozentigen Abzugs vom Lohn fordern, gemäß dem Beschluß des Arbeitenausschusses einem 28gliedrigen Ausschuss zu überweisen, der seine Beratungen unverzüglich aufnehmen und vielleicht übermorgen bereits berichten wird.

Deutschland.

Aus dem Reichsrat.
(ZB.) Berlin, 1. Juli. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats von heute Nachmittag wurde u. a. ein Beschluß gefaßt über die Anrechnung von Dienstzeit der in den Reichsdienst übernommenen Gemeindebeamten. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über die vereinfachte Norm der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft.

Vom Reichswirtschaftsrat.
Gestern fand in Berlin unter dem Vorsitz des Präsidenten v. Braun die 2. Sitzung des Reichswirtschaftsrats statt. Auf der Tagesordnung stand ein von allen Gruppen unterstützter Antrag Wiffel, der sich mit den sozialen Schäden beschäftigt, die aus der andauernden Schließung von Betrieben entstehen, und der fordert: „Der Abbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.“ Nach längerer Aussprache wurde der Antrag an den Wirtschaftspolitischen Ausschuss verwiesen. Eine bemerkenswerte Mitteilung machte in der Aussprache der Textilarbeiter Jäckel. Danach wird zurzeit 700 000 Metern Militärtauch an englische Firmen vergeben, obwohl die deutsche Textilindustrie diesen Auftrag hätte billiger ausführen können. — Zum

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betreff: Fleischverjorgung.
Für die laufende und die folgende Woche (Wochenabschnitt 3 und 4) kommt ausl. Ochsenfleisch zur Ausgabe. Auf einen Wochenabschnitt entfallen 150 g. Preis 9,40 M das Pfund.
Kommunalverband:
Ca l w, den 2. Juli 1920. Oberamtmann G ö s.

Betreff: Maul- und Klauenseuche.
In Kahrndorf (Ost. Nagold) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Es mußten bereits Tiere abgeschlachtet werden.
Die gesamte Bezirksbevölkerung warne ich, zur Verhütung von Seucheneinführung, dringend, sich nach Kahrndorf zu begeben, oder mit Personen von dort in Verkehr zu treten.
Ca l w, den 1. Juli 1920. Oberamt: G ö s.

Betreff: Neue Reichs-Reisebrotmarken.
Die außerordentlichen Erhöhungen des Papierpreises zwingen zur Verkleinerung und damit Neugestaltung der Reisebrotmarken. Die neuen Reisebrotmarken werden demnächst zur Ausgabe gelangen. Durch die Einführung derselben wird die Gültigkeit der jetzigen voreist nicht berührt. Es gelten bis auf weiteres die seitherigen und die neuen Marken nebeneinander, doch ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die jetzigen Reisebrotmarken außer Geltung kommen.
Da ein Umtausch der alten in neue Marken nicht zugelassen wird, so wird dringend empfohlen, erstere rechtzeitig gegen Brot einzulösen. Die Ungültigkeitserklärung wird f. Zt. bekannt gegeben.
Kommunalverband:
Ca l w, den 30. Juni 1920. Oberamtmann G ö s.

Oberamtliche Bekanntmachung.
Die Gemeindebehörden werden auf die im Staatsanzeiger vom 30. Juni d. J. Nr. 149 erschienene Verfügung des Arbeitsministeriums betr. die Abfertigung für Notstandsarbeiten und die Uebersteuerungszuschüsse zu solchen vom 30. Juni 1920 hingewiesen, mit dem Auftrag, gegebenenfalls das gemäß Abschnitt III und IV oben genannter Verfügung Erforderliche einzuleiten.
Oberamtmann:
Ca l w, den 1. Juli 1920. G ö s.

zweiten Punkt der Tagesordnung betr. den Ausfuhrschuß beantragte Ke in a t h, den wirtschaftspolitischen Ausschuss zu beauftragen, eine Kommission dafür einzusetzen. Das Haus beschloß dementsprechend. — Die Beratung über den Betriebsräteauschuss wurde nach kurzer Debatte von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Reichsernährungsminister über die Grundsätze der Ernährungspolitik.
* Berlin, 2. Juli. Ueber die Grundsätze der künftigen Ernährungspolitik äußerte sich der Reichsernährungsminister Hermes in einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse dahin, daß sich unsere landwirtschaftliche Produktion bessere. Die inländische Strohverarbeitung befindet sich in hoffnungsvoller Entwicklung. Durch Förderung der Zwangswirtschaft könnten wir der landwirtschaftlichen Produktion einen starken Anreiz geben. Wir würden die Zwangswirtschaft nur da aufricht erhalten, wo elementare Notwendigkeiten es fordern. Die Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch sei jeder Diskussion entzückt. Wir wollten die landwirtschaftliche Produktion durch eine gerechte Preispolitik fördern. An einen Abbau der Getreidepreise könne nicht gedacht werden, aber die Erhöhung des Brotpreises müsse vermieden werden. Die restlose Ablieferung von Brotgetreide und Milch sei von der Landwirtschaft zu verlangen. Die Fleischwirtschaft müssen wir um b a u e n. Ueber die Neuegelung der Zeit- und Kartoffelwirtschaft stehen wir in Verhandlungen. Beim Abbau der Zwangswirtschaft verfolgen wir auch den Zweck, soweit wie möglich das Preisniveau der Lebensmittel zu senken. Mit den Kriegsgesellschaften wird gründlich und schnell ausgeräumt werden.

Zur Frage der Zwangswirtschaft.
Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat einberufenen landwirtschaftlichen Körperschaften aller deutschen Länder erklären zur Frage der Zwangswirtschaft folgendes: Die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf sich für das Erntejahr 1920/21 nur noch auf Brotgetreide und Milch unter Vermeidung von Härten für den Erzeuger erstrecken. Alle übrigen Erzeugnisse sind ganz frei zu geben. Die Bestimmungen der Landwirtschaft sind aber bereit, die Beschaffung wichtiger Lebensmittel unter Ausschluß beschwerlicher Einwirkung durch Abschluß unmittelbarer Lieferungsverträge sicher zu stellen. Sollte diesem Grundsatz nicht schleunigst Rechnung getragen werden, müssen die landwirtschaftlichen Körperschaften jede Mitarbeit für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ablehnen. Erste Voraussetzung für die Besserung der Lebenshaltung des deutschen Volkes ist die Vermehrung landwirtschaftlicher Produktion. Diese kann nur wieder hochkommen, wenn dem Landwirte endlich alle Freiheit in seinem Betriebe gegeben wird.

Die Lebensmittelunruhen.
In Worms fanden am Mittwoch Straßenumgebungen gegen die Lebensmittelsteuerung statt. Abends kam es zu Plünderungen, Schlägereien und wilden Szenen, so daß die Polizei öfters mit blanker Waffe eingreifen mußte. Der Schaden dürfte 2 bis 3 Millionen betragen. Gegen Mitternacht griffen französische Patrouillen ein. — In Berlin führten gestern die Ausschreitungen in den Markthallen zur Demolierung einiger Stände. Die Sicherheitspolizei mußte die Ordnung wiederherstellen. — In Hamburg sind nach amtlichen Feststellungen bei den Lebensmittelunruhen 4 Personen getötet und 10 verwundet worden. — Die Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig hat einen Ausschuss eingesetzt, der die Preise für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhwaren prüfen und auf ein erträgliches Maß festsetzen soll.

Neue Waffenlager der Roten Armee?

* Berlin, 30. Juni. Die „Tägl. Rundsch.“ gibt eine Düsseldorf Blättermeldung wieder, wonach neue Waffenlager im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemacht worden sind.
Fortdauer des pommerischen Landarbeiterstreiks.
* Berlin, 2. Juli. Die Lage im Landarbeiterstreik in Pommern bleibt, wie die Morgenblätter berichten, ernst. Der Landarbeiterverband läßt im Kreise Belgard einen starken Terror gegen die Arbeitswilligen aus.

Die Vereinigung Koburgs mit Bayern.
(ZB.) Erfurt, 30. Juni. In der heutigen Schlußsitzung der Landesversammlung des Freistaates Koburg gab der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr namens der bayerischen Regierung der Freude Bayerns über den Anschluß Koburgs Ausdruck, worauf der Präsident die Auflösung des Landtags aussprach.

Die Zeitungsnot.
* Berlin, 30. Juni. Infolge der hohen Druckpapierpreise hat das im Verlag August Scherl erscheinende Spätabendblatt „Der Abend“ sein Erscheinen einstellen müssen.

Spirituschmuggler.
* Berlin, 2. Juli. Dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge ist es in Duisburg den Behörden gelungen, eine Schmugglerbande zu ermitteln, deren Mitglieder, wie verlautet, den angesehensten Handelskreisen angehören. Zuletzt haben sie für etwa 1 1/2 Millionen Mark hochprozentigen Spiritus, das Liter zu 18 Mark hereingeschmuggelt und für 91 Mark verkauft. Die Behörden haben unzweifelhaft festgestellt, daß auch belgische Offiziere dabei ihre Hände im Spiele hatten.

Ein würdiger Betriebsratsvorsitzender.
* Berlin, 1. Juli. Aus Halle wird dem „Berl. Lokalanz.“ berichtet, daß der Vorsitzende des Betriebsrats, Golpe, die Gelber, die von den Arbeitern zur Unterstützung der Opfer des Kapp-Putsches gesammelt worden waren, unterschlagen hat und verhaftet worden ist. Der gesamte Betriebsrat ist von seinem Amt zurückgetreten.

Aus Stadt und Land.

Ca l w, den 2. Juli 1920

Vom Rathaus.
In der unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G ö h n e r am Mittwoch stattgefundenen Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, einen Wagen Re i s z u kaufen und zum Selbstkostenpreis an die Einwohner abzugeben. Hierbei kam zur Sprache, daß wegen der Milchpreisberabsetzung mit dem landwirtschaftl. Verein Unterhandlungen eingeleitet seien und am Samstag eine Versammlung der Landwirte und Verbraucher stattfinden werde. Die Milchablieferung habe wieder nachgelassen, insbesondere in Orten, in denen die Fremdenmilch schon eingeführt habe. Die Ablieferung von Altburg sei bedeutend zurückgegangen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Milch sowohl von den Gastwirten als von den Fremden aufgelaufen werde; es sei deshalb auf eine äußerst strenge Kontrolle hinzuwirken. — Der Gemeinderat soll über die Errichtung eines Gewerbegerichts eine Aeußerung abgeben. Das Gewerbegericht würde hauptsächlich dazu berufen sein, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten. Der Vorsitzende hält die Errichtung eines Gewerbegerichts für die Stadt nicht für notwendig, da nur wenig Streitfälle anfallen, dagegen wäre es nicht ungewöhnlich, wenn für den Bezirk ein Gewerbegericht eingeführt würde. In der Aussprache wird diese Ansicht bestätigt. Allseitig wurde hervorgehoben, daß für die Stadt selbst ein Bedürfnis nicht vorliege, dagegen wurde von einigen Seiten die Errichtung eines Bezirksgewerbegerichts befürwortet, da dieses schneller arbeiten könne als der Schlichtungsausschuss in Stuttgart und im ganzen Bezirk doch eine erhebliche Zahl von Streitigkeiten anfallen. Der Gemeinderat beschließt, von einem örtlichen Gemeinderat Abstand zu nehmen, dagegen die Errichtung eines Bezirksgewerbegerichts zu empfehlen. — Auf dem M u c h e r g wurden 2 Parzellen, die als Steinbrüche dienen, zum Preis von 1100 Mark angekauft. — Wegen Unterbringung des Zollamts, das eine bedeutende Erweiterung erfahren soll, werden die vorgebrachten Anträge genehmigt. Der Bezirkswohlfahrtsverein beabsichtigt, in nächster Zeit E i n m a c h k u r s e zu veranstalten, wozu die Stadt zur Beihilfe herangezogen werden soll. Der Gemeinderat ist damit einverstanden. Die B e w a l t u n g der E l t e r s t r a ß e n erfolgt voraussichtlich vom 2. Juli an. Die Verträge finden Zustimmung.

Zur Milchpreisfrage.
Die in unserer gestrigen Nummer verzeichnete Notiz, es habe am letzten Montag bei der Landesverjorgungsstelle eine Konferenz der Oberamtmänner und der Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen stattgefunden, ist, wie uns geschrieben wird, unzutreffend. Es fand damals lediglich eine vertrauliche Besprechung mit Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen statt, welche, wie wir hören, in der Hauptsache ergebnislos geblieben ist. Die Besprechung mit den Oberamtmännern findet erst F r e i t a g den 2. Juli, nachmittags, statt. Im übrigen wird die Milchpreisfrage für den Bezirk Ca l w am Samstag den 3. Juli in einer Sitzung des Ausschusses des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins unter Zuziehung von Vertretern der Bezirksbehörden, der städtischen Behörden und der Konsumenten Gegenstand der Beratung sein.

Vom Landtag.
Wie wir erfahren, nimmt der Landtag am Mittwoch den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, seine Vollsitzungen wieder auf.
Die neuen Minister im Amt.
Minister G r a f hat gestern das Ministerium des Innern und Minister Dr. S c h a l l das Arbeits- und Ernährungsministerium übernommen.

Armee?

sch." gibt eine Dis-
die Waffenfunde im
worden sind.

Arbeiterstreiks.

Landarbeiterstreik in
reichen, ernst. Der
ard einen starken

Bayern.

ntigen Schlusführung
urg gab der bayerns
der bayerischen
Anschluß Koburgs
ung des Landtags

n Druckpapierpreise
einende Spätabend-
n müssen.

anz." zufolge ist es
Schmugglerbände
den angehebensten
sie für etwa 1 1/2
Liter zu 18 Mark
t. Die Behörden
ische Offiziere dabei

Erzherzog.

dem „Berl. Lokal-
des Betriebsrats,
zur Unterstützung
ben waren, unter-
geamte Betriebs-

Erzherzog.

den 2. Juli 1920

ulttheit Göhner
igung wurde be-
zum Selbstkosten-
kam zur Sprache,
ng mit dem land-
tiet seien und am
und Verbraucher
wieder nachgelaf-
remdenaison schon
sei bedeutend zu-
n, daß die Milch
embden aufgelauft
ontrolle hinzu-
Errichtung eines
ben. Das Gewer-
sein, Streitigkeiten
u schlichten. Der
bergerichts für die
Streitfälle anfallen,
für den Bezirk ein
sprache wird diese
oben, daß für die
egevergerichts be-
der Schlichtungs-
l doch eine erheb-
Der Gemeinderat
nt Abstand zu neh-
gewerbergerichts zu
2 Parzellen, die
0 Mark angekauft.
amts, das eine
die vorgebrachten
verein beabsichtigt,
astalten, wozu die
. Der Gemeinde-
zung der Eltern.
Die Verträge

Erzherzog.

den 2. Juli 1920

ulttheit Göhner
igung wurde be-
zum Selbstkosten-
kam zur Sprache,
ng mit dem land-
tiet seien und am
und Verbraucher
wieder nachgelaf-
remdenaison schon
sei bedeutend zu-
n, daß die Milch
embden aufgelauft
ontrolle hinzu-
Errichtung eines
ben. Das Gewer-
sein, Streitigkeiten
u schlichten. Der
bergerichts für die
Streitfälle anfallen,
für den Bezirk ein
sprache wird diese
oben, daß für die
egevergerichts be-
der Schlichtungs-
l doch eine erheb-
Der Gemeinderat
nt Abstand zu neh-
gewerbergerichts zu
2 Parzellen, die
0 Mark angekauft.
amts, das eine
die vorgebrachten
verein beabsichtigt,
astalten, wozu die
. Der Gemeinde-
zung der Eltern.
Die Verträge

Aus dem Staatsdienst entlassen.

Der bekannte Abg. Regierungsrat Ströbel bei der Zen-
tralfstelle für die Landwirtschaft ist auf Ansuchen aus dem
Staatsdienst entlassen worden. Er ist bekanntlich geschäfts-
führender Direktor der Landwirtschaftskammer.

Landesverband württ. Amtskörperschaften.

Gegenwärtig wird der Zusammenschluß aller württ. Amtskörperschaften (Kommunalverbände) in die Wege geleitet. Der Zweck ist, die gemeinsamen Rechte und Interessen zu fördern und die erforderlichen geschäftlichen Einrichtungen zu treffen.

Württemberg. Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Die vor 3 Jahren gegründete Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hielt im Stuttgarter Ausland-Museum ihre Jahresversammlung. Prof. Dr. v. Brill-Tübingen zeigte in seiner Begrüßungsansprache die schwere Notlage der deutschen Wissenschaft. Dies wurde noch besonders von dem Staatspräsidenten und Kultminister Dr. Sieber näher beleuchtet. Er wies besonders darauf hin, daß der Staat nicht mehr allein die Aufgaben auf geistigem und kulturellem Gebiete lösen könne. Die Mithilfe privater Kreise sei nötig. Präsident Dr. v. Deza sprach noch über die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften. Eine Besichtigung des Ausland-Museums schloß sich an.

Landesversammlung der Ärzte.

In Stuttgart hielt der Kreisliche Landesverein am Dienstag nach 6jähriger Pause wieder eine Landesversammlung. Im Tätigkeitsbericht des Landesauschusses wurde besonders der Landesarztvertrag als bedeutender Fortschritt gewürdigt. In der an verschiedene Vorträge sich anschließenden Aussprache leitete der Regierungsvertreter u. a. mit, daß im Herbst in Tübingen ein Tuberkulosekurs für württ. Ärzte veranstaltet würde.

Württemberg. Glasertag.

Am Sonntag hielten in Friedrichshafen die württ. Glasmeister ihre Hauptversammlung ab, zu der etwa 200 Mitglieder aus dem ganzen Land erschienen waren. Es wurde beschlossen, mit Baden und Bayern zusammen ein gemeinsames Verbandsorgan herauszugeben. Der Errichtung eines Landesfuhrmittelsamts wurde zugestimmt. Vorsitzender und Ausschuß wurden wieder gewählt. Der nächstjährige Verbandstag soll in Kirchheim u. T. abgehalten werden.

Reichswehr und Unruhen.

Anläßlich des Einschreitens der Reichswehr bei den Vorfällen in Ulm und Ravensburg ist der Vorwurf erhoben worden, daß sie durch ihr Eingreifen Lebensmittelwucher beschütze. Von zuständiger Seite wird festgestellt, daß die Reichswehr nicht von sich aus eingegriffen hat, sondern daß sie von den staatlichen Behörden zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit gerufen worden ist, nachdem deren Mittel hierzu nicht mehr ausreichten.

Badische Reichswehr in Württemberg.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die nach württ. Standorten verlegten bad. Truppenteile durch die Bevölkerung vielfach in unverantwortlicher Weise beleidigt. Die Truppenteile sind angewiesen, alle derartigen Vorfälle zu melden, damit Strafverfahren gegen die Beleidiger gestellt werden kann. An den ruhigen Teil der Bevölkerung wird die dringende Bitte gerichtet, dafür zu sorgen, daß der gute Ruf des württ. Volkes nicht durch derartige Verletzungen des Gastrechts beschädigt wird.

Besserung der Fett- und Eierbewirtschaftung.

Aus einer Besprechung verschiedener Kommissionen des Landes auf der Landesverordnungsstelle erfährt man, daß man trotz des Milchmangels mit einer Besserung in der Versorgung mit Fett rechnen darf. Es sollen größere Mengen Auslandsfett eingeführt werden. Das Pfund komme etwa auf 15 M. Die Eierbewirtschaftung werde sich demnächst auch verbessern infolge größerer Einfuhren aus Galizien. Es muß dann auch dafür gesorgt werden, daß die Eier frisch ankommen.

Es gibt wieder Weißbrot.

Seit einigen Tagen darf in Nürnberg wieder Weißbrot hergestellt werden. Es muß in frischem Zustand mindestens 40 Gramm wiegen und ist laut Anordnung des Stadtrats um 20 Pfennig zu verkaufen.

Entschädigung für Rälber.

Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern wird die Entschädigung für Rälber im Alter von weniger als sechs

Wochen, die in der Zeit vom Ausbruch der Maul- und Klauen-
seuche in einem Viehbestand bis zur Anzeige der Abheilung an-
solcher fallen, bis auf weiteres auf den Betrag von 7 Mark für
das Kilo des uneröffneten Kadavers festgesetzt.

Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Von dem ersten diesmaligen Auftreten der Maul- und Klauenseuche an war die württ. Regierung unablässig unter Aufwendung bedeutender Summen und unter Heranziehung zahlreicher württ. und nicht-württembergischer Sachverständiger bemüht, ein Schutz- oder Heilmittel gegen die Maul- und Klauenseuche zu finden. Alle in dieser Hinsicht angestellten Versuche sind aber bis jetzt erfolglos geblieben: es konnte weder der Ausbruch der Seuche verhindert, noch konnten Todesfälle infolge der Seuche hintangehalten werden. Solange es wirksame Mittel gegen die Krankheit nicht gibt, bleibt man auf die erprobte polizeiliche Bekämpfung angewiesen. Die polizeilichen Maßregeln sind aber nur dann von Erfolg begleitet, wenn die Bevölkerung, vor allem auch der Landwirt, an der Durchführung der seuchenpolizeilichen Vorschriften willig und mit Verständnis sich beteiligt. Der Erreger der Maul- und Klauenseuche findet sich in großen Mengen an den Blasen an Nase, Maul, Klauen- und Euter der von der Seuche betroffenen Tiere. Nach dem Platzen der Blasen gelangt es vor allem auf Streu und Dünger und auf Kleider und Schuhe der mit den kranken Tieren umgehenden Personen. Der polizeilichen Bekämpfung liegt der Gedanke zugrunde, daß der Erreger der Seuche aus der Brutstätte, dem Krankenstall, nicht in lebensfähigem Zustande herausgebracht werden darf. Demzufolge muß die durch die Krankheitskeime verunreinigte Streu und der Dünger vor dem Herausbringen aus dem Stall wie Mistel oder Betonmasse mit nicht zu dünner, aus Schlacke feischbereiteter Kalkmilch so gründlich durchgemischt werden, daß alle Stellen von Kalk völlig überzogen sind. Dadurch werden die Krankheitserreger mechanisch gebunden und allmählich abgetötet. Ferner müssen die verunreinigten Kleider, Schürzen und Schuhe des Pflegepersonals an einer von der Aufbewahrungsräume der reinen Kleidungsstücke und Schuhe genügend weit entfernten Stelle unmittelbar außerhalb der Stalltüre abgelegt werden und es dürfen die ebenfalls in der Nähe der Stalltüre befindlichen reinen Kleider, Schürzen und Schuhe erst nach Waschen der Arme und Hände in einer bereitstehenden Lösung von 3 Schüsseln Kreosolseifenlösung oder dergl. in einem Eimer Wasser und Abtrocknen der Hände angelegt werden. Wo das Umkleiden an der Stalltüre nicht möglich ist, sind die Stalltüren mit einer in einem Kibel bereitgehaltenen Kreosolösung von genannter Stärke unmittelbar außerhalb der Stalltüre gründlich abzubürsten.

Preissturz im Pferdehandel.

Infolge der Massenimport dänischer Pferde zeigten die mitteldeutschen Pferdewerke, so z. B. der Johannismarkt in Buttstadt, Preisstürze um durchschnittlich 30 Proz. Dänische Pferde, die mit durchschnittlich 15 000 Mark angeboten waren, fanden schließlich zu 7500 Mark kaum Käufer.

Centeflächenerhebung 1920.

Die Centeflächenerhebung und eine Centeschätzung findet heuer wie im Vorjahr statt. Die Erhebung erstreckt sich auf Brotgetreide, Gerste, Hafer und Kartoffeln. Die Erträge für die einzelnen Gemeinden werden durch Ausschüsse ermittelt, die für jeden Oberamtsbezirk nach Anhörung des landwirtschaftl. Bezirksvereins einzusetzen sind. Eine Verweigerung von Angaben zu der Erhebung zieht Bestrafung nach sich.

Gegen die Erhöhung der Telephongebühren.

Die württ. Handelskammern, vertreten durch den Vorstand der Handelskammer Stuttgart, erhoben kürzlich in einer Unterredung mit dem Vorstand der Oberpostdirektion, Präsident v. Mehger, Einspruch gegen die Gebührenerhöhungen für Ferngespräche und die bekannte 1000-Mark-Zwangsanleihe. Sie betonten im besonderen, daß der Klein- und Mittelbetrieb in Industrie und Handel in Süddeutschland eine derartige Belastung nicht ertrage. Präsident v. Mehger versprach die Unterstützung der vorgetragenen Wünsche auf eine angemessene Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse in Württemberg. Eine statistische amtliche Ermittlung über die praktischen Folgewirkungen der Postgebührenerhebung sei bereits in die Wege geleitet.

Simmozheim, 1. Juli. Am vergangenen Sonntag hielt der hiesige Gesangsverein „Liederkrone“ eine Gedächtnisfeier, verbunden mit der Einweihung der Gedenktafel für seine gefallenen Mitglieder im Vereinslokal zur „Sonne“ ab. Die Angehörigen der Gefallenen waren zahlreich erschienen, die Feier wurde um 3 Uhr mit dem wichtigen Chorgesang „Stumm schläft der Säger“ eingeleitet. Hierauf gedachte der Vereinsvorstand in einer kernig-rührenden Ansprache der Helden, die in fremder Erde ruhen. Zu ihrem ehrenden Andenken erhob sich die Festversammlung von den Plätzen. Während der Entzündung der Gedenktafel durch den Entwerfer und Anfertiger, Malermeister Hans Klormann von hier, spielte der Dirigent V. d. E. einen Trauermarsch. Das Ehrenmal war mit Fichtenlaub und Blumen umkränzt und durch Trauererschleifen und die aufgestellte Vereinsfahne geschmückt. Nach verschiedenen Gesängen und Trauermärschen suchte Hauptlehrer V. d. E. in sachlicher Ausföhrung Klar zu machen, wofür die deutschen Helden ihr Blut versprigten.

(S. B.) Leonberg, 1. Juli. Am 15. September soll die Kraftwagenlinie Leonberg-Wimshausen in Verkehr genommen werden. Die Amtskörperschaft hat 50 000 M. Beitrag bewilligt. — In Ellingen sind 67 Stück Vieh an der Maul- und Klauenseuche gefallen. Auch in anderen Orten des Bezirks tritt die Seuche in den letzten Tagen besonders bösartig auf.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.
5. Sonntag nach Trinit., 4. Juli. Vom Turm: 9. Predigt: 278. „Ich habe nun...“ 8 Uhr: Frühpredigt, Stadtpfarrer Schmid. 9 1/2 Uhr: Hauptpredigt, Stadtpfarrer Schmid. 1 Uhr: Christenlehre mit den Söhnen des älteren Jahrgangs. Donnerstag, 8. Juli. 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Delan Zeller. (Sonntag, 11. Juli, Abendmahl.)

Für die Schriftleitg. verantwortl.: J. B. S. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

Teure Heidelbeeren und Kirschchen ???

Allgemein hört man hier in Calw Klagen über hohe Beeren- und Kirschchenpreise! Nicht mit Unrecht! Aber soll's etwa besser werden, wenn man schon auf den Zugängen zum Marktplatz den Verkäuferinnen die Beeren abnimmt unter Anbietung eines hohen Preises? Was noch auf den Markt gebracht wird, findet dort durch gegenseitige Ueberbietungen schnellen Abfah. An anderen Orten ließ man den Verkäuferinnen einmütig ihre teuren Beeren solange, bis sie von selbst heruntergingen. Sollte so was hier nicht möglich sein? Mit den Kirschchen ist's gerade so! Solche Preise sollen einfach nicht gezahlt werden. Leider sieht man aber (außer Kurzfremden) auch die Arbeiterchaft an den Verkaufsländen als Abnehmer. Was helfen alle Bestrebungen, Verkäufe herbeizuführen, wenn die Konsumenten solch unsinnige Preise zahlen! Darum Hände weg, und mehr Selbstbewußtsein! Mehrere Arbeiter!

Preisbildung!

Die Einsetzung in Nr. 147 erfolgte nicht aus Aufregung und verfolgte auch nicht den Zweck, dem Kommunalverband eins an das Bein zu geben, sondern nur die Feststellung der Tatsache und, wie Herr Oberamtmann Göß selbst zugibt, daß unter dem Zwang der Verhältnisse augenblicklich nichts zu ändern ist.

Die Preise sind wohl Höchstpreise und auf das ganze Reich zugeschnitten und hätte wohl der Kommunalverband oder mehrere es in die Hand nehmen können und mit Rücksicht auf die geringeren Geschäftskosten in kleineren Städten und Dörfern und mit Rücksicht auf die vielen Verordnungsberechtigten, die nicht durch Lohnsteigerungen den Mehraufwand decken können, zu untersuchen, um bei angemessener Preisentlung beiden Teilen — den Verbrauchern und den Geschäftsinhabern — gerecht zu werden.

Vor der Umwälzung war dies möglich; heute geht es nicht mehr und das nenne ich Terrorismus.
Neubulach, 1. Juli 1920. Stadtschultheiß Müller.

Städtische Lebensmittel-Versorgung.
Das Fleisch, welches auf Fleischmarke Nr. 3 und 4 entfällt, kann morgen bei den Metzgeren abgeholt werden.

Bekanntmachung.
Abhaltung von Pferdemarkten betr.
Der am Montag, den 5. Juli ds. Js. fällige
Pferde-Markt
findet nicht statt,
wegen der Maul- und Klauenseuche.
Die Abhaltung des nächsten Pferdemarktes wird bekannt gegeben.
Pforzheim, den 1. Juli 1920.
Bürgermeisteramt.

Oberamtsstadt Leonberg.
Nadelholz-Stangen Verkauf
am Montag, den 12. Juli, nachmittags 2 Uhr Gasthaus zur „Sonne“ in Leonberg aus Stadtwald oberer Wald:
Bauslangen
Nr. 1a 982 St., 1b 327 St., 11 87 St., 111 2 St.
Haglangen
Nr. 1 364 St., 11 252 St., 111 77 St.
Hopfenlangen
Nr. 1 305 St., 11 35 St., 1V 158 St., 1V 67 St.
Nebstehen
Nr. 1 95 St.
Bohnenstehen
10 St.
Leonberg, den 28. Juni 1920.
Stadtpflege.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
Die Bischoffstraße
vom „Badischen Hof“ bis zum „Waldhorn“ ist wegen Bewalzung vom kommenden Samstag, den 3. Juli d. J. ab bis auf weiteres
gesperrt.
Calw, den 1. Juli 1920.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Zwerenberg.
Das Sammeln v. Beeren
in den hiesigen Waldungen
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Friedr. Daur, vorm. Schiller Calw
Helle Kopftücher in neuer Auswahl.

Sportplatz Hirsau.
Fußballwettbewerb
 L.-V. Rohrdorf — F.-A. d. L.-V. Calw
 am Sonntag, 4. Juli 1920. Beginn 1/3 Uhr.

Morgen Samstag hält
keine Sprechstunde
 Dentist Kohler.

M Günstiges Angebot in
 Manufakturwaren!

Bettzeuge, Bettfatin,
 Bettlamast, Bettbarchent,
 Flanell zu Betttücher,
 Prima weißes Tuch zu Haipfel und Kissen,
 Lama zu Kleider für Landleute,
 Druckkattun, Schürzenstoffe,
 Unterrockflanell,
 Sommerkleiderstoffe u. Blusenstoffe,
 Engl. Leder zu Hosent,
 Ein großer Posten fertige Hosent
 in Hosenzeug und engl. Leder,
 Großes Lager in Einmachgläser,
 Eindünstgläser u. Eindünstflaschen.
 Bevor Sie Ihren Einkauf decken, über-
 zeugen Sie sich von der Qualität und
 den Preisen meiner Waren.

Warenhaus
Geschw. Kleemann.

Prima Laufmäntel
 zu 120 Mark
 Prima Gebirgsreifen
 135—140 Mark
 Prima Schläuche
 39.50 Mark, sowie
 Bestellungen auf Ersatzteile
 für Fahrräder und Reparaturen
 nimmt billigt entgegen
Karl Helmayer,
 Stammheim.

Flottgehendes
Kolonialwarengeschäft
 eventuell mit Nebenbetrieb mit eigenem Grundstück und
 Garten, wenn möglich in Badeort oder Schwarz-
 wald zu kaufen gesucht. Angeb. unter S. L. 2705 an die
 Ma-Haasenfeld & Vogler, Stuttgart.

Oberreichenbach.
 Verkauft einen schönen
Viktoriawagen
 mit abnehmbarem Bock,
 1 Einspänner-Leiterwagen, 2 Stück ein-
 zeln Chaisen-Geschirre, 1 Mofsfuß (100 L.
 haltend), 1 eiserne Bettlade, 1 Elektro-
 Motor 2 PS mit Kupferwicklung bereits neu,
 am Samstag, den 3. Juli 1920, nachmittags.
Georg Better.

Verkaufe im Auftrag 10 Paar gesunde
Läufer Schweine,
 auch können fortwährend bestellt werden.
 Gebt auch 2 10 Wochen alte
Ziegenlämmer ab.
G. Andreatta jr., Hirsau.



Calwer „Liederkrantz“.
 Samstag Abend 8 Uhr im „Bad. Hof“
Familien-Abend
 Der Ausschuß.
 Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Friedr. Daur, vorn. Calw
 Einfahhemden von Mk. 22.— an.

Färberei Staiger, Pfullingen

empfiehlt sich im
Färben und chemisch reinigen
 v. Stoffen u. Kleidungsstücken
 aller Art,
 auch Wollgarn, Leinwand u. s. w.
 — bei schonender Behandlung. —
 — 10—14 tägiger Lieferzeit. —
 Annahmestellen:
 Friedrike Pfeiffer, Spezereihdlig., Calw.
 Gg. Kußmaul, Spezereihdlig., Liebenzell.

R A F F E
 In bekannt
 gut. Mischung,
 roh u. jede Woche
 frisch gebrannt
 empfiehlt bestens
C. Serva.

Sehe einen 9 Jahre alten

**Schwarzschimmel-
 Wallachen**
 unter jeder Garantie dem
 Verkauf aus (unter 2 die
 Wahl)
 Michael Kentscher,
 Landwirt, Schömberg
 D. A. Neuenbürg.

Zu verkaufen eine fehler-
 freie

Schaffkuh
 Wer sagt die Geschäfts-
 stelle des Blattes.

350 Liter guten
Mofst
 hat zu verkaufen
 Wer? sagt die Geschäfts-
 stelle des Blattes.
**Alte
 Gebisse**
 Zahnstifte, Brennstifte,
 sowie alte Schmuckfaden
 (aus Gold und Silber)
 werden angekauft.
 Adressenabgabe oder An-
 gebote an die Geschäftsstelle
 des Blattes erbeten.

Der Schrecken der
**Viehbesitzer,
 Maul- und Klauenseuche
 heilbar**
 innerhalb drei Tagen, a. in den
 schwerst. Fällen. Erfolg garant.
Preis: Mark 20.—
 Drucksachen nur geg. Mk. 0.30
A. Wodak, Kirchheim-L.
 Verkauft eine ältere, 33
 Wochen trüchtige, oder eine
 37 Wochen trüchtige, schöne

**Rug-
 und
 Fahrkuh**
 Ludwig Frommer
 Biefelsberg.

Haararbeiten

fertigt
 rasch und sauber
 bei mäßigen Preisen
J. Obermatt,
 Damenfriseur-Geschäft
 Bahnhofstraße.

Zu verkaufen:
 ein gebrauchtes Kanapee
 sowie einen neuen

Divan.
 Friedrich Hennefarth,
 Schulgasse.

Ein wenig gebrauchter

Herd
 mit 3 Ecker und Wasserschiff,
 ein eiserner Laden,
 193x135,
 1 Paar Damenstiefel
 Größe 37, zu verkaufen
 Kronengasse 110.

**Lieb-
 haber-
 Foto-
 grafen**
 decken ihren Bedarf
 am besten in der
**Fotohandlung
 Ritterdrogerie
 Calw.**
 Entwicklungs-Ab-
 züge in schnellster Zeit

Gehingen.
 Unterzeichnete verkauft
 einen Wurf schöne
Milchschweine

 und ladet Liebhaber ein
Christian Maier.

2 schöne dreiviertel jährige

**Zucht-
 Rinder**
 steht dem Verkauf aus
 Schmid, Briefträger,
 Althengstett.

Von Samstag über den Sonntag ist meine
Schiffschaukel
 auf dem Brühl aufgestellt.
 H. Beck.

Für Betten:

rot Bettbarchent
 in schmal und breit, blauweiß
 Schöne weiße Federn.
Bettbezugstoffe
 weiß Damast
 bedruckte Bihe
 Schöne Bettzeuge
 rot und blau kariert.
 Käufler am Markt, Calw.

Zur Ausführung
**elektr. Licht- und Kraft-
 anlagen, Klingelanlagen,
 Reparaturen aller Art,**
 empfiehlt sich
**Adolf Braun, Biergasse
 Nr. 128,
 Installations-Geschäft.**

la. Weiß- u. Schwarz-Kalk
Schlackensteine
 stets zu haben bei
**G. Brommer, Kalkwerk u. Schlacken-
 steinfabrik, Tel. Nr. 8,
 Schafhausen bei Weilerstadt.**

**Hack- und Häufelpflüge,
 Kreissägen, Brückenwagen,
 Futterschneidmaschinen und
 Sauchepumpen**
 empfiehlt
**Gg. Wackenhuth, Calw
 Biergasse.**

Steuerfrei!

bleiben auch nach dem ersten Juni meine **getrockneten
 Heidelbeeren mit Zutat** zur Herstellung eines
 vorzüglich schmeckenden Getränkes. Zur Zusammengähung mit
 Johannisbeeren, Stachel- und Heidelbeeren vorzüglich geeignet.
 Glänzende Anerkennungen.
 Pakete zu 100 Liter mit Süßstoff Mk. 48.50,
 50 " 24.50, per Paket
 ohne Süßstoff kosten die Pakete " 6.— weniger.
 Genaue Anweisung liegt den Paketen bei. Ferner solange
 Vorrat ohne Steuer bei den Niederlagen **Ruf, Ruff-
 mostanfang mit Heidelbeerezusatz u. Süßstoff**
 zu 100 Liter zu 22 Mk. und zu 50 Liter zu 12 Mk. per Flasche.
Robert Ruf, Ettlingen.
 Niederlagen: Friedrich Lamparter, Calw, Emil Körner,
 Hirsau, Fr. Oswald, Liebenzell, Carl Straube, Altheng-
 stett, Gottl. Sattler, Stammheim, G. Walz, Deckenpfronn
 Wo nicht zu haben erfolgt Versand ab Ettlingen.

Je mehr für einen Artikel
Reklame
 gemacht wird, desto größer
 ist die Absatzmöglichkeit!